

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/8651 –**

### **Beraterverträge im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (II)**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Bereits die Antwort auf die Kleine Anfrage zu Beraterverträgen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5166) dokumentiert sehr hohe Kosten zur Finanzierung externer Gutachten. Die Bundeshaushaltsordnung jedoch sieht nur in Ausnahmefällen und unter Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eine Einbeziehung externer Sachverständiger vor. Darüber hinaus fordert sie, dass der Vergabe eine Öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

1. Welche Beraterverträge wurden wann, mit wem und in welcher Höhe in der laufenden Legislaturperiode im Geschäftsbereich des BMVBS abgeschlossen?
2. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gab den Auftrag für das jeweilige Gutachten?
7. Welche Beraterverträge sind in der laufenden Legislaturperiode durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben worden?
10. Welche der Beraterverträge sind Folgeaufträge?
11. Welche der Beraterverträge wurden bzw. werden öffentlich ausgeschrieben?

13. Wie begründet die Bundesregierung für Beraterverträge ohne Ausschreibung den jeweiligen Wegfall der Ausschreibung?

Die Fragen 1, 2, 7, 10, 11 und 13 werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 1 beantwortet.

Da in der Kürze der zur Beantwortung dieser Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht geprüft werden konnte, ob Angaben zu den Vertragshöhen sich als auch im Verhältnis zum parlamentarischen Fragerecht grundrechtlich geschützte Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse darstellen, sind in der Übersicht 1 keine Angaben zur Vertragshöhe enthalten. Jedoch ist die Bundesregierung bereit, diese Angaben zur Einsichtnahme in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, wenn zuvor ein Geheimhaltungsbeschluss nach § 2a der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages gefasst wurde.

Da bereits die Antwort der Bundesregierung vom 22. März 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5166, dort Übersicht 1) auf die gleichlautenden Fragen in der Kleinen Anfrage vom 10. Februar 2011 (Bundestagsdrucksache 17/4734) Auskunft zu den bis dahin vergebenen Beraterverträgen gibt, beschränkt sich die Darstellung in dieser Antwort auf solche Verträge, die nach dem 15. Februar 2011 abgeschlossen wurden. Der 15. Februar 2011 ist das Datum des jüngsten in Bundestagsdrucksache 17/5166 (dort Übersicht 1) aufgeführten Vertragschlusses.

Die Beantwortung geht in ihren Übersichten 1 bis 3 davon aus, dass eine (öffentliche) Ausschreibung im Sinne der Fragen 11 und 13 vorliegt, wenn einem Vertragsabschluss zumindest ein öffentlicher Teilnahmewettbewerb vorausging oder vorausgehen wird.

3. Welche Beraterverträge werden voraussichtlich im laufenden Jahr 2012 wann, mit wem und in welcher Höhe in der laufenden Legislaturperiode im Geschäftsbereich des BMVBS abgeschlossen?
4. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gibt voraussichtlich den Auftrag für das jeweilige Gutachten?
8. Welche Beraterverträge werden voraussichtlich in der laufenden Legislaturperiode durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben?

Die Fragen 3, 4 und 8 (mit Fragen 10, 11 und 13) werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 2 beantwortet.

Da in der Kürze der zur Beantwortung dieser Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht geprüft werden konnte, ob Angaben zu den Vertragshöhen sich als auch im Verhältnis zum parlamentarischen Fragerecht grundrechtlich geschützte Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse darstellen, sind in der Übersicht 2 keine Angaben zur Vertragshöhe enthalten. Jedoch ist die Bundesregierung bereit, diese Angaben zur Einsichtnahme in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, wenn zuvor ein Geheimhaltungsbeschluss nach § 2a der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages gefasst wurde. Für die Übersicht 2 gilt die Besonderheit, dass ohnehin derzeit nur zu zwei Verträgen Angaben zur Vertragshöhe gemacht werden könnten, da es sich im Übrigen um in Vorbereitung befindliche oder noch laufende Vergabeverfahren handelt.

5. Welche noch laufenden Beraterverträge aus den vergangenen Legislaturperioden wurden wann, mit wem und in welcher Höhe im Geschäftsbereich des BMVBS abgeschlossen?
6. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gab den Auftrag für das jeweilige Gutachten?
9. Welche noch laufenden Beraterverträge aus den vergangenen Legislaturperioden sind durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben worden?

Die Fragen 5, 6 und 9 (mit Fragen 10, 11 und 13) werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 3 beantwortet.

12. Welche Beraterverträge wurden dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages vorgelegt?

Dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages wurde keiner der in den Übersichten 1 bis 3 aufgeführten Verträge vorgelegt.

14. Welche Kosten entstehen dem Bund durch Beiräte im Geschäftsbereich des BMVBS?

Im Einzelplan 12 des Bundeshaushaltsplans 2012 sind für Ausgaben für Mitglieder von 14 Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen insgesamt 123 000 Euro veranschlagt.

Kleine Anfrage BT-Drs 17/8651 vom 10.02.2012 zu Beraterverträgen der BVBS

Stand: 23.02.2012

## Übersicht 1

Tabelle zu den Fragen 1, 2 und 7 (mit Fragen 10, 11 und 13)

In laufender Legislaturperiode bereits geschlossene Beraterverträge (Abschluss nach 15.02.2011)

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags- abschluss bzw. Vergabe- datum	Vertrags- partner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehö- he in EUR <b>ohne</b> USt	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesell- schaft	Folgever- trag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Juristische Beratung im Projekt Lkw-Maut	16.02.2011	Olswang LLP, Berlin		UI	ja	nein <sup>1</sup>
Durchführung erg. Un- tersuchungen Planungs- kostengutachten: „Workshop Doppelfi- nanzierung“	20.05.2011	Susat und Partner OHG		LA	ja	nein <sup>2</sup>
Beratungsleistungen zur Weiterentwicklung der Förderung des Kombi- nierten Verkehrs	30.05.2011	MARLO Con- sultants GmbH, Karls- ruhe		UI	ja	ja
Zusatzvereinbarung zum Rahmenvertrag über die Produktnutzung des Opus®-Systems	10.06.2011	O & P Consult AG, Heidel- berg		Z	ja	ja
Technische Beratung des BMVBS u. des BAG im Projekt Lkw-Maut (Übergangszeitraum bis zu neuem Vertrag)	01.07.2011	TÜV Rhein- land InterTraf- fic GmbH, Köln		UI	ja	nein <sup>3</sup>

<sup>1</sup>) § 1 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Anhang I Teil B Kategorie 21 VOF<sup>2</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe i) VOL/A<sup>3</sup>) § 3 Abs. 4 lit. Buchstabe a) VOF

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags- abschluss bzw. Vergabe- datum	Vertrags- partner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehö- he in EUR ohne USt	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesell- schaft	Folgever- trag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Juristische Beratung zum neuen Vergabeverfahren „Projekt Lärmkartie- rung“	21.07.2011	Rechtsanwältin Heuking Kühn Lüter Wojtek, Düsseldorf		Eisenbahn- Bundesamt	nein	nein <sup>4</sup>
Eignungsabschätzung sowie jeweils optional Erstellung einer Kon- zeption und Durchfüh- rung einer vorläufigen Wirtschaftlichkeitsunter- suchung des Projekts Albaufstieg im Zuge der A 8	01.08.2011	Alfen Consult, AVISO GmbH, BUNG Ingenieure AG		StB	nein	ja
Durchführung erg. Un- tersuchungen Planungs- kostengutachten: Nachtrag zu Vertrag 2010: Arbeitsgruppensit- zung 08.09.2011	15.08.2011	Dornier Con- sulting GmbH und TU Dres- den		LA	ja	nein <sup>5</sup>
Durchführung erg. Un- tersuchungen Planungs- kostengutachten: Nachtrag zum Vertrag vom 20.05.2011	22.08.2011	Susat und Partner GmbH und Co. KG		LA	ja	nein <sup>6</sup>
Beratungsleistungen Fahrtechnik, Bremstech- nik	01.10.2011	LogoMotive GmbH, Nürn- berg		Eisenbahn- Bundesamt	nein	nein <sup>7</sup>

<sup>4</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe l) VOL/A

<sup>5</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe l) VOL/A

<sup>6</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe l) VOL/A

<sup>7</sup>) § 3 Abs. 4 Buchstabe a) VOF

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags- abschluss bzw. Vergabe- datum	Vertrags- partner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in EUR ohne USt	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folgeber- trag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Durchführung erg. Untersuchungen Planungskostengutachten: Zusätzliche Sensitivitätsanalyse im Nachgang zum 2. Workshop am 09.09.2011	19.10.2011	Susat und Partner GmbH und Co. KG		LA	ja	nein <sup>8</sup>
Hauptstudie Sicherheit Güterverkehr	21.10.2011	Fraunhofer Gesellschaft, München		Z	nein	ja
Technische Beratung des BMVBS u. des BAG im Projekt Lkw-Maut	15.11.2011	Rapp Trans AG, Berlin		UI	nein	ja
Durchführung erg. Untersuchungen Planungskostengutachten: Zusätzliche Untersuchungen im Nachgang zur Arbeitsgruppensitzung am 08.09.2011	24.11.2011	Dornier Consulting GmbH und TU Dresden		LA	ja	nein <sup>9</sup>
Projektorganisation und Kommunikation des Dialogprozesses im Bereich der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie	05.01.2012	IFOK GmbH		UI	nein	ja
Optimale Höhe der Beförderungsentgelte am	10.01.2012	Planco Consulting GmbH		Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord	nein	nein <sup>10</sup>

<sup>8</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe l) VOL/A<sup>9</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe l) VOL/A<sup>10</sup>) § 3 Abs. 4 Buchstabe a) VOF

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags- abschluss bzw. Vergabe- datum	Vertrags- partner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehö- he in EUR <b>ohne</b> USt	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesell- schaft	Folgever- trag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Nord-Ostsee-Kanal unter Berücksichtigung fiskali- scher u. gesamtwirt- schaftlicher Aspekte						

## Übersicht 2

Tabelle zu den Fragen 3, 4 und 8 (mit Fragen 10, 11 und 13)

In laufender Legislaturperiode vsl. noch zu schließende Beraterverträge

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertragsabschluss bzw. Vergabedatum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in EUR ohne USt	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folgevertrag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Beratung des BMVBS bei der Feststellung des Ersatz- einschließlich Nachholbedarfs für die Bestands- netzschienenwege des Bundes	Laufendes Vergabeverfahren			LA	nein	ja
Entwicklung einer differenzierten Preiszeitklausel für Funktionsbauverträge	Februar / März 2012	Universität Kassel, Institut f. Bauwirtschaft		StB	ja	nein <sup>11</sup>
Vorbereitung Not- rufsäuleninfrastruktur auf veränderte Anforderungen	Laufendes Vergabeverfahren			StB	nein	ja
Begleitung Ver- tragsdurchführung bei ÖPP-Projekten	Vergabeverfahren in Vorbereitung			StB	ja	ja
Fortentwicklung Evaluierungsprozess beim ÖPP- Betriebsmodell	Vergabeverfahren in Vorbereitung			StB	nein	ja

<sup>11</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe I) VOL/A

Volkswirtschaftliche Aspekte der ÖPP-Betreibermodelle im Bundesfernstraßenbereich	Vergabeverfahren in Vorbereitung	StB	nein	ja
Handhabung der systematischen Risiken bei Umsetzung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	Vergabeverfahren in Vorbereitung	StB	nein	ja
Implementierung des Kostenmanagements in das Controllingssystem Bundesfernstraßenbau (CSBF)	Vergabeverfahren in Vorbereitung	StB	nein	ja
Wegekostengutachten 2013 bis 2017	Vergabeverfahren in Vorbereitung	UI	nein	ja
Beratervertrag „Maut 2015“	Laufendes Vergabeverfahren	UI	nein	ja
Juristische Beratung im Projekt Lkw-Maut	Laufendes Vergabeverfahren	UI	ja	nein <sup>12</sup>
Durchführung der Re-Auditierung zum audit berufundfamilie (Zertifikatsverlängerung)	Frühjahr 2012	Z	ja	nein <sup>13</sup>
Beratungsleistungen zur Optimierung des Einsatzes sowie der	Laufendes Vergabeverfahren	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	nein	ja

<sup>12</sup>) § 1 Abs. 3 S. 1 i. V. m. Anhang I Teil B Kategorie 21 VOF

<sup>13</sup>) § 3 Abs. 5 Buchstabe I) VOL/A

<p>Anwendung baufachlicher Software im Bundesamt f. Bauwesen u. Raumordnung</p>	<p>Laufendes Vergabeverfahren</p>		<p>Eisenbahn-Bundesamt</p>		<p>ja</p>
			<p>nein</p>		

## Übersicht 3

Tabelle zu den Fragen 5, 6 und 9 (mit Fragen 10, 11 und 13)

Noch laufende Beraterverträge aus vergangenen Legislaturperioden

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags- abschluss bzw. Vergabe- datum	Vertrags- partner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabe- höhe in EUR <b>ohne USt</b>	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Toch- tergesellschaft	Folgever- trag (ja/nein)	öffentliche Ausschrei- bung (ja/nein)
Gutachten zur Höhe der vom Bund gewähr- ten Planungskosten- pauschale für zuwen- dungsfähige Baukosten im Bedarfsplan für die Bundesschienenwege	18.03.2009	Dornier Consulting GmbH und TU Dresden	357.813,00	LA	nein	ja
Gutachterleistung zur Umsetzung der ÖPP- Betriebsmodelle	04.06.2004	ARGE Investi- tionsbank Schleswig- Holstein, Schlüßler-Plan Ingenieur-ge- sellschaft	2.784.346,00	StB	nein	ja
Gutachterleistung zur Klärung der rechtl. Voraussetzungen einer im Rahmen der Bun- desauftragsverwaltung der Bundesfernstraßen umzusetzenden Nut- zung zusätzlicher Flä- chen an und neben den BAB zur Erhöhung der Lkw-Parkkapazitäten sowie Entwicklung von Modellen, Ablauf- schemata und Muster- verträgen	02.09.2009	Kanzlei Graf von Westpha- len	323.370,00	StB	nein	ja

Vorlage von Beraterverträgen an den AVBS (Frage 12)  
Keiner der in den Übersichten 1 bis 3 aufgeführten Verträge wurde dem AVBS vorgelegt.

Kosten von Beiräten im Geschäftsbereich des BMVBS (Frage 14)

1. Wissenschaftlicher Beirat des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Veranschlagung von jährlich 10.000 EUR in Kapitel 1227 Titel 526 03.
2. Wissenschaftlicher Beirat des Deutschen Wetterdienstes: Veranschlagung von jährlich 2.000 EUR in Kapitel 1214 Titel 526 03.